

Arbeiter und Rentner zur Kasse

Kroatische Regierung plant »Paket der Grausamkeiten«

Von Raoul Rigault

In Kroatien bahnt sich ein Frontalangriff auf die Einkommen der Rentner und Lohnabhängigen an. So plant die seit Anfang des Monats amtierende neue Ministerpräsidentin und Parteichefin der konservativ-nationalistischen Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ), Jadranka Kosor, für den öffentlichen Dienst neben einer generellen Kürzung der Gehälter um sechs Prozent die Streichung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes für dieses und das kommende Jahr. Zudem gehören zu ihrem »Paket der Grausamkeiten« flächendeckende Rentenkürzungen um drei bis zehn Prozent.

Sie setzen bereits bei Minibeträgen von 270 Euro im Monat ein, eine drastische Anhebung des Renteneintrittsalters für Frauen von 50 auf 55 und für Männer von 55 auf 60 Jahre sowie als Krönung die Einführung einer linearen Sondersteuer von fünf bis sechs Prozent auf alle Löhne, Gehälter und Pensionen ab 3000 Kuna (409 Euro) monatlich. Damit werden auch die meisten Geringverdiener zur Kasse gebeten, denn der Durchschnittslohn liegt in dem Balkanland bei 5 230 Kuna (711 Euro). Am 17. Juli hatte das Parlament auf Initiative der rechten Regierungskoalition aus HDZ, der liberalen HSLs, der Bauernpartei HSS sowie der serbischen Minderheitenpartei SBSS bereits Ausgabenkürzungen von umgerechnet 400 Millionen Euro beschlossen. Allein die vom 1. August 2009 bis zum 31. Dezember 2010 wirksame Sondersteuer soll weitere 700 Millionen Euro einbringen.

Begründet werden die einschneidenden Maßnahmen mit der Abwendung eines Staatsbankrotts. Angeblich sei die gegenwärtige Situation mit der Lage Argentiniens im Winter 2001/2002 vergleichbar. Diese Aussage kommt etwas überraschend, denn noch vor kurzem hatte die Zentralbank in ihrer Prognose behauptet, Kroatien sei von der weltweiten Krise weniger stark betroffen und werde 2009 nur eine Rezession von zwei Prozent erleben. Offensichtlich eine Fehlkalkulation, denn im ersten Quartal schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt um 6,7 Prozent. Die Industrieproduktion lag im Juni verglichen mit dem Vorjahr um 13,7 Prozent niedriger, während die offizielle Arbeitslosenrate von 12,5 auf 14 Prozent stieg.

Probleme machen auch die hohe Auslandsverschuldung von 39 Milliarden Euro (82,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts), die sich seit 2001 verdoppelt hat, sowie das chronische Außenhandelsdefizit, das in den vergangenen beiden Jahren von 8,8 auf 11,2 Milliarden Euro kletterte. Kroatien exportiert vor allem Maschinen und Fahrzeuge (33,5 Prozent), Vorprodukte (15,3) und Chemieprodukte (9,9). Hauptabnehmer sind Italien (19,2), Bosnien-Herzegowina (15,3) und Deutschland (10,7), die selbst tief in der Rezession stecken. Traditionell wurde das Minus im Handel durch den Tourismus ausgeglichen. Aufgrund der allgemeinen Konsumzurückhaltung gab es hier in den ersten fünf Monaten von 2009 allerdings erstmals ebenfalls einen kräftigen Rückgang von 7,8 Prozent. Eine unerfreuliche Entwicklung, denn im Jahresvergleich sank die Länderbonität um immerhin 3,7 Prozent, was die Refinanzierung fälliger Kredite deutlich erschwert und verteuert. Die kroatischen Gewerkschaften haben diesen Attacken bislang wenig mehr als Drohungen entgegenzusetzen, obwohl der Organisationsgrad mit etwa 25 Prozent nicht schlecht ist. Allein die Union Unabhängiger Gewerkschaften (SSSH) zählt 400 000 Mitglieder. Gerade in den vergangenen Monaten hat sie sich als »verantwortungsbewußter Sozialpartner« bewiesen. Mitte Mai wurde ein Generalstreik der 250 000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst einen Tag vor den Kommunalwahlen in letzter Minute abgesagt. Die Regierung hatte eine sechsprozentige Gehaltskürzung mit dem Verspre-

chen versüßt, zum gegenwärtigen Level zurückzukehren, sobald das Land zwei Quartale in Folge mindestens ein Wachstum von zwei Prozent verzeichnet.

Angesichts des brachialen und flächendeckenden Vorgehens der neuen »Eisernen Lady« in Zagreb ist eine spontane Protestbewegung allerdings nicht auszuschließen. Zumal im Herbst und Winter mit weiteren Rotstiftaktionen gerechnet wird, denn insgesamt sollen allein in diesem Jahr zwei Milliarden Euro »eingespart« werden. Auch Alen Kovac, Analyst der Wiener Ersten Bank, hält eine politische Krise in dem Balkanstaat durchaus für möglich: »Die nächsten Tage werden zeigen, ob die Regierung Kosor die Kraft besitzt, die Sparprogramme auch tatsächlich durchzusetzen.«

Junge Welt 28.07.2009